

# Carl-von-Ossietzky-Fond unterstützt Adbuster\*innen

Als „Adbusting“ wird eine politische Aktionsform bezeichnet, bei der Werbeplakate im öffentlichen Raum mittels Papier und Kleister mit minimalinvasiven Vandalismus bis zur Kenntlichkeit entstellt werden. Seit die Bundeswehr vermehrt mit Plakatwerbung die Öffentlichkeit sucht, häufen sich auch die Fälle, in denen Bundeswehr-Gegner\*innen die Werbung ungefragt verbessern. Der Carl-von-Ossietzky-Fond der DFG-VK unterstützt Aktivist\*innen, die deswegen von Hausdurchsuchungen und Strafverfahren betroffen waren.

## Bundeswehr und Meinungsfreiheit?

Jede\*, die schon mal anlässlich einer Werbeveranstaltung des deutschen Militärs versucht hat, in der Öffentlichkeit Kritik zu äußern, hat erlebt, dass die Bundeswehr ihren Slogan „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“ nicht allzu ernst nimmt. Doch in Berlin treibt das staatliche Engagement gegen unerwünschte Meinungsäußerungen kuriose Blüten.

## Gerichtsprozess wegen Adbusting

Angesichts eines Gerichtsprozesses im Oktober 2019 kam sonderbares ans Licht. Das Berliner LKA, dass in der Hauptstadt berühmt-berüchtigt ist, weil es dort kaum jemand sonderbar findet, wenn Kolleg\*innen\* sich zu Weihnachten Nazi-Grüße schicken (1), die den islamistischen Attentäter Anis Amri zugunsten linksradikaler Aktivist\*innen von der Observationsliste strichen (2), Daten von Linken an Nazis weitergaben und „privat“ an die Hausbesetzer\*innen in der Rigaer Straße Drohbriefe mit „dienstlichen“ Informationen schickten (3), betrieb ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen Adbusting.

## Umfangreiche Ermittlungen

Um gegen die Veränderung von Werbeplakaten vorzugehen, hatten die Beamt\*innen zwei Jahre ermittelt, 1200 Aktenseiten vollgeschrieben, viele Videos ausgewertet, zwei Hausdurchsuchungen und eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Damit glaubten sie belegen zu können, dass es sich bei Adbusting um „schweren Diebstahl“ und „Sachbeschädigung“ handele. Unter anderem weil ihre Aussagen vor Gericht nicht ausreichten, um zu belegen, dass beim Adbusting überhaupt ein messbarer Sachschaden entstände, stellte die Richter\*in das Verfahren angesichts der versammelten Hauptstadtresse und des bis auf den letzten Platz besetzten Gerichtssaal ein. Der Tenor der Presse: „Vollkommen überzogen“(4).

## Anfrage an den Innensenat

Das fanden auch die Niklas Schrader und Anne Helm, (partei-)linke Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses. Ihre Anfrage an den Berliner Innensenat enthüllte im November 2019, dass beim LKA seit Herbst 2015, als die ersten „Mach-was-zählt“-Poster hingen, zwischen einem und drei Beamt\*innen damit beschäftigt sind, die Menschen zu verfolgen, die Werbeposter der Bundeswehr mit kritischen Verbesserungen ausstatten. Begründung: Diese Aktionen stünden im Zusammenhang mit den angeblich linksextremistischen Themenfeldern „Antimilitarismus“ und „Antirepression“. Diese Verfolgung richtet sich also gezielt gegen Antimilitarist\*innen und Pazifist\*innen.

## Unterstützung durch den Carl-von-Ossietzky-Fonds

In einem dieser Fälle konnte der Carl-von-Ossietzky-Fond der DFG-VK die Betroffenen mit der Übernahme der Hälfte der Anwaltskosten finanziell unterstützen. Zwei Personen waren Anfang Mai 2019 von der Polizei dabei gestellt worden, wie sie ein in einer Werbevitrine hängendes Bundeswehrposter verbesserten. Statt „Geht Dienst an der Waffe auch ohne Waffe?“ änderten sie den Slogan optisch sehr detailgetreu in „Kein Dienst an der Waffe geht ohne Waffe!“. Das Logo des Militärs änderten sie zudem, sodass es nun „Bundeswehr kaputt machen“ lautete. Da die Beamt\*innen vor Ort und auch ihr telefonisch verständiger Hauptkommissar unsicher waren, ob es sich überhaupt um eine Straftat handele, beließen sie es bei der Sicherstellung des Posters und der Aufnahme der Personalien.

## Hausdurchsuchung weil es lächerlich macht

Dann passierte erst mal lange nichts. Doch nachdem zum Tag der Bundeswehr 2019 viele verbesserte Militär-Plakate die Straßen Berlins säumten, stand der Staatsschutz im LKA offensichtlich unter Druck. Vermutlich weil die Namen der beiden Betroffenen ihr einziger Anhaltspunkt war, entschieden sich die Beamt\*innen,

hier anzusetzen, und beantragten wegen eines Posters drei Hausdurchsuchungen. Begründung: Adbusting mache die Militärs „lächerlich“.

### **Einstellung**

Vollzogen wurde die Hausdurchsuchung im September 2019. Gefunden wurden dabei noch zwei Bundeswehr-Poster und ein Steckschlüssel aus dem Baumarktsortiment, der auch geeignet ist, die Werbevitruinen zu öffnen. Doch bereits Anfang Dezember 2019 stellte das Amtsgericht das Verfahren trotz des Eifers des LKAs ein. Vermutlich hat man im Gericht nach dem öffentlichkeitswirksam geführten Gerichtsprozess im Oktober und aufgrund der parlamentarischen Anfrage aus dem November dort keine Lust mehr auf kritische Nachfragen.

### **Anfrage aus dem Bundestag**

Doch nicht nur angesichts des latenten Rechtsdralls im LKA 521 ist mit weiteren willkürlichen Repressionsmaßnahmen zu rechnen. Denn die LKAler\*innen dürfen sich bundesweit im Kreise der Ihren gut aufgehoben fühlen. Im Februar 2020 enthüllte eine Kleine Anfrage der Bundestags-Abgeordneten Ulla Jelpke, dass der euphemistisch als „Bundesamt für Verfassungsschutz“ bezeichnete Inlandsgeheimdienst systematisch Informationen zu Bundeswehr-Adbusting sammelt. Auch der Militärgeheimdienst MAD scheint es zum Schutze der Kasernen als notwendig zu erachten, systematisch Informationen zu veränderter Bundeswehr-Werbung zu sammeln. Dazu veröffentlichte der Bundesverband der DFG-VK auch eine Pressemitteilung:

<https://www.dfg-vk.de/unsere-themen/theorie-und-praxis/milit%C3%A4rgeheimdienst-gegen-bundeswehr-satire>

### **Ist Adbusting Terror?**

Doch damit nicht genug: Im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum von Bund und Länder“ (GETZ) war 2018/19 Adbusting gleich viermal Thema. Im von der heutigen Berliner Polizeipräsident\*in Barbara Slowik aufgebauten GETZ sitzen Vertreter\*innen von 40 Geheimdiensten, LKAs, Zoll und Ausländer\*innenbehörden. Offensichtlich eine gute Gesellschaft für die Adbusting-Kommissar\*innen aus Berlin. Denn offensichtlich hat dort niemand gesagt: „Sorry, Leute, sollten wir nicht lieber Terrorist\*innen jagen?“, als Adbusting zum ersten Mal auf der Tagesordnung stand war. Im Gegenteil: Anscheinend haben das alle gleich viermal interessiert mitgemacht.

### **Mit veränderter Werbung in den Verfassungsschutzbericht**

Angesichts einer derartigen Kultur in den Verunsicherungsbehörden ist es auch wenig verwunderlich, dass der Inlandsgeheimdienst in seinem aktuellen „Bundesverfassungsschutzbericht“ der Aktionsform Adbusting gleich eine halbe Seite einschließlich eines wunderschönen Aktionsfotos widmet (5). Die Begründung für die Gefährlichkeit dieser Aktionsform ist dieselbe wie beim Berliner LKA: Es handele sich um eine Aktionsform, die Verunsicherungsbehörden wie Polizei und Militär in der Öffentlichkeit kritisieren und delegitimieren würde. Und obwohl das Innenministerium in der Antwort auf die erwähnte Anfrage zugeben muss, dass keine Adbusting-Aktion bekannt sei, bei der Menschen oder gar Beamte verletzt worden seien, sei das Kritisieren und Delegitimieren untrennbar mit physischer Gewalt gegen Cops verbunden.

### **Besserung in Sicht?**

Angesichts dieser Positionierungen muss leider damit gerechnet werden, dass die deutschen Verunsicherungsbehörden sich auch weiterhin nicht um die über 500 mit Haftbefehl gesuchten, aber frei herumlaufenden Nazis kümmern werden, sondern lieber Kritiker\*innen des Militärs kriminalisieren. Gut, dass es den Carl-von-Ossietsky-Fond der DFG-VK gibt.

### **Mitmachen?**

Damit der Carl-von-Ossietsky-Fond angemessen arbeiten kann, ist es wichtig, dass viele Landesverbände Delegierte entsenden und viele Ortsgruppen sich einbringen. Bei Interesse und Fragen aller Art bitte bei [cvo@dfg-vk.de](mailto:cvo@dfg-vk.de) melden oder auf [www.carl-von-ossietsky-fond.de](http://www.carl-von-ossietsky-fond.de) schauen.

### **Unterstützen?**

Falls Du mit Gerichtsärger konfrontierte Militär-Gegner\*innen mit einer Spenden unterstützen möchtest, ist das auch super. Die Daten:  
Carl-von-Ossietzky-Fond  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE 4737 0205 0000 0810 4604  
BIC: BFSWDE33XXX

Fußnoten:

- (1) <https://www.tagesspiegel.de/berlin/landeskriminalamt-neonazi-verdacht-gegen-berliner-ermittler/22792568.html>
- (2) <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-untersuchungsausschuss-war-die-rigaer-strasse-wichtiger-als-amri/22697528.html>
- (3) <https://www.morgenpost.de/berlin/article217041293/Gruene-befuerchten-rechte-Netzwerke-in-der-Berliner-Polizei.html>
- (4) <https://taz.de/Ermittlungen-gegen-Adbusting-in-Berlin!/5628984/>
- (5) Bundesverfassungsschutzbericht 2018, S. 128. <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2018.pdf>
- (6) <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-21553.pdf>
- (7) <https://de.indymedia.org/node/33870>
- (8) <https://www.ulla-jelpke.de/2020/02/diskreditierung-kritischer-plakatkunst-durch-geheimdienst-ist-unverhaeltnismaessig/>